

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Erich Dunder)
Berlin N.O. 35, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Sprachredaktion: Amt Königstadt, Nr. 1720.

Nr. 37.

Berlin, Mittwoch, 8. Mai 1912.

Sechszehnter Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Ein Streifzug durch die Tätigkeitsberichte der Ortsvereine. — Das Rindfleischgesetz für den englischen Kohlenbergbau. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Ein Streifzug durch die Tätigkeitsberichte der Ortsvereine.

Die gewissenhafte Durchsicht der zum Teil recht ausführlichen Tätigkeitsberichte erfordert eine geraume Zeit und verursacht nicht geringe Arbeit. Diese Arbeit wurde in diesem Jahre noch häufig unterbrochen durch die Beobachtung der gewaltigen Wirtschaftskämpfe, die unser Interesse in Anspruch nahmen. Daher ist es erst jetzt möglich, aus den Berichten eine kurze Inhaltsangabe zu bringen, aus der trotzdem manche gute Lehre gezogen werden kann. Die Zahl der Ortsvereine, die Berichte eingekandt haben, deckt sich ungefähr mit der im Vorjahre: sie beträgt 61. Also noch nicht ein Drittel der Ortsvereine haben es der Mühe für wert gehalten, einen Bericht einzukanden. Das ist keineswegs ein befriedigendes Resultat. Ihrer Pflicht nachgekommen sind in diesem Jahre die Ortsvereine Allenstein, Ansbach, Arnsberg, Beuthen D.-Schl., Biberach a. d. Riß, Bitterfeld, Bochum, Brandenburg a. S., Bremen, Breslau, Bromberg, Danzig, Dessau, Dortmund, Duisburg, Elbing, Erfurt, Erlangen, Finsterwalde N.-L., Forst, Fürth, Glogau, Graudenz, Greifswald, Hagen i. W., Hamm, Hannover, Hannover, Hirschberg, Karlsruhe, Köln a. Rhein, Lauenburg i. Pom., Leipzig, Magdeburg, Merseburg, Münchenberg, Oldenburg, Ostfriesland, Pina, Potsdam, Quedlinburg, Radeberg, Saarbrücken, Sagan, Schmölla, Senftenberg, Sommerfeld, Sorau, Spandau, Spremberg N.-L., Spottau-Gusau, Stolp, Striegau, Stuttgart-Cannstatt, Teuchern, Uedermünde, Werssen, Weiskens a. Saale, Wilhelms- haben, Wismar.

Rein äußerlich betrachtet, beschränken sich manche Berichte auf die knappe Aufzählung der im Jahre 1911 abgehaltenen Sitzungen und eine kurze Wiedergabe der gehaltenen Vorträge. Andere dagegen sind sehr eingehend, bringen eine anschauliche Schilderung der Vorgänge in der Arbeiterbewegung am Orte und kennzeichnen scharf die Rolle, die die Gewerkevereine darin gespielt haben. So erhält man eine deutliche Vorstellung von der Entwicklung unserer Organisation, gleichzeitig aber auch kann man sich ein Urteil darüber bilden, ob die betreffenden Kollegen ihre Schuldigkeit so getan haben, wie es im Interesse der Arbeiterschaft und unserer Sache notwendig ist.

Im allgemeinen ist der Eindruck, den man aus dem Studium der Berichte gewinnt, ein günstiger. Es geht auf der ganzen Linie vorwärts; ein frischer Saft zieht sich durch unsere Bewegung. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß nun überall alles gut und schön ist. Leider haben wir auch eine ganze Anzahl Ortsvereine, wo noch viel zu wünschen übrig bleibt. Die Klagen über mangelhaften Besuch der Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen sind ziemlich häufig. Nicht immer unterstützen die Mitglieder den Ausschuss so, wie es erwartet werden muß. Zum Teil liegt das lediglich an der Gleichgültigkeit der Mitglieder. Hier und da aber werden die Ortsverbandsversammlungen zu Tummelplätzen persönlicher Streitigkeiten benutzt. Dadurch verlieren schließlich die Kollegen

die Lust, sie bleiben fern und hören allmählich auf, überhaupt für unsere Sache zu wirken. Eine weitere Folge innerer Zwistigkeiten ist ein fortwährender Wechsel in den Ausschüssen, der natürlich ebenso wenig eine günstige Entwicklung bewirken kann. Selbst ein großer Ortsverband, in dem ausgezeichnete Kräfte vorhanden sind, hat unter solchen Zwistigkeiten zu leiden gehabt. In einem ostpreussischen Ortsverbande hat man sogar den Vorjahren gehindert, ein Referat zu Ende zu bringen. Das sind Erscheinungen, die auf das tiefste zu bedauern sind und die unbedingt abgestellt werden müssen. Eine Organisation, wie die untrüge, die sich gegen Gegner von allen Seiten zu wehren hat, darf ihre Kräfte nicht noch in inneren Zwistigkeiten zersplittern. Wer dazu Anlaß gibt, der ist kein echter Gewerkevereiner, der schädigt unsere Sache und sollte ihr lieber den Rücken kehren. Gewiß, Kritik soll und muß geübt werden, und mancher Kollege handelt durchaus im guten Glauben, wenn er immer und immer wieder vermeintliche Fehler des Ausschusses rügt. Aber der Ton macht die Musik; die Kritik muß sachlich ausfallen und darf den Rahmen des Kollegialen nicht überschreiten. Man muß auch im Interesse der Gesamtheit einmal ein Loch zurücktreten. Vorbereitung für ein gutes Vornachkommen unserer Bewegung ist vor allen Dingen Einigkeit und Zusammenhalt in den Vereinen und Ortsverbänden.

Das mußte einmal gesagt werden. Durch Vertuschen beseitigt man Uebelstände nicht. Glücklicherweise sind diese Klagen nur vereinzelt. Viel häufiger kann konstatiert werden, daß Ausschuss und Mitglieder einmütig Hand in Hand arbeiten. Dort geht es auch vorwärts. Unsere Sache gewinnt nicht nur an Ansehen in der Öffentlichkeit, sondern auch an Mitgliedern. Das wird vielfach ziffernmäßig nachgewiesen. Selbst in verhältnismäßig kleinen Ortsverbänden, wo es schwer ist, die nötigen agitatorischen Kräfte heranzuziehen, sind erfreuliche Fortschritte gemacht worden. Auch dort, wo früher Jank und Streik herrschte, geht es jetzt rüstig vorwärts. In Augsburg a. B. so unsere Kollegen gegen Rote, Gelbe und Schwarze einen schweren Stand haben, ist ein Aufschwung unserer Bewegung unterfunden. Ein anderes Beispiel in Stolp i. P., wo uns die feindlichen Brüder der Linken seit Jahren das Leben recht sauer machen, wo schwere wirtschaftliche Kämpfe die letzten Jahre getobt haben, ist es dank der rührigen Agitation und unermüdeten Aufklärungsarbeit der Kollegen möglich gewesen, die Mitgliederzahl von 760 auf 920 zu heben. Wir können unmöglich alle Orte aufzählen, in denen ähnliche Erfolge zu verzeichnen waren. Jedenfalls zeigen doch diese Tatsachen, daß bei energischer Tätigkeit etwas erreicht werden kann, und deshalb mögen solche Beispiele den Kollegen in anderen Orten zur Nachahmung dienen.

Freilich, von nichts kommt nichts. Wenn man Fortschritte erzielen will, darf man nicht müßig die Hände in den Schoß legen. Da ist es interessant, einmal die Mittel festzustellen, die angewandt worden sind, um neue Mitglieder zu gewinnen. Selbstverständlich spielt da in erster Linie die persönliche Agitation eine Rolle. Sehr gute Erfolge hat man auch mit der Hausagitation erzielt. Eine wesentliche Hilfe hat dabei die Lokalpresse geleistet, wo sie von unseren Kollegen interessiert und in zweckmäßiger Weise über unsere Bewegung am Orte unterrichtet worden ist. In dem schon einmal erwähnten Stolp hat man sich den sicheren Einfluß auf eine Zeitung dadurch zu sichern gewußt, daß eine Anzahl Gewerkevereinskollegen sich bei der Umwandlung in eine G. m. b. H. als Gesellschaftler beteiligten. Wo man sich zu derartigen Schritten entschließen kann, da geht es selbstverständlich vorwärts.

Zur Agitation gehört aber nicht allein die Gewinnung neuer Mitglieder, sondern auch die Festigung der bereits gewonnenen. Das kann nur in den Veranstaltungen des Ortsverbandes und der Ortsvereine erreicht werden. Um das Interesse der Mitglieder für unsere Organisation zu erhöhen, ist man an größeren Orten, wie in Breslau und Köln, dazu geschritten, Volkunterhaltungsabende einzurichten, die nicht nur finanzielle Vorteile brachten, sondern auch den Zusammenhalt unter den Mitgliedern zu fördern geeignet sind. Eine ähnliche Wirkung haben Besichtigungen von industriellen Unternehmungen, Ausstellungen und dergl., wie sie vielfach vorgenommen worden sind. Um für die Verbandsversammlungen einen möglichst guten Besuch herbeizuführen, hat sich mehr und mehr der Brauch eingebürgert, daß der Ortsverbandsausschuss in die einzelnen Ortsvereine hineingeht, dort an der Diskussion sich beteiligt und auf die Wichtigkeit des Ortsverbandes hinweist. An manchen Orten ist dadurch erreicht worden, daß die Ortsvereine sich gegenseitig besuchen, daß sie sich gegenseitig Redner stellen, was auch noch den Vorteil hat, daß die Sitzungen abwechslungsreicher werden. Der Ortsverband Bitterfeld, dessen Ortsvereine auch in den umliegenden Dörfern liegen, hält sogenannte Wanderversammlungen ab. Die eine Versammlung findet hier, die nächste an einem anderen Orte statt. Aus ähnlichen Orten des Ortsverbandes kommen die Kollegen zu diesen Versammlungen, die dadurch gut besucht und auch interessant werden. Wir haben zahlreiche solcher Ortsverbände, die ja zum Teil auch schon nach demselben Rezept verfahren. Trotzdem sei auch bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf aufmerksam gemacht und das gegebene Vorbild zur Nachahmung empfohlen. Nicht unerwähnt werden darf auch das Vorgehen des Ortsverbandes Posen, wo nationale Gegenstände sich in der Arbeiterschaft stark bemerkbar machen. Hier hat unser Ortsverband ein Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache verbreitet, um auch die polnischen Arbeiter über die Deutschen Gewerkevereine aufzuklären. Alles in allem kann bezüglich der Agitation gesagt werden, daß dort, wo Einigkeit herrscht, wo Ausschuss und Mitglieder einträchtig miteinander arbeiten, auch die Erfolge nicht ausgeblieben sind.

Das gilt nicht nur bezüglich der Gewinnung neuer Mitglieder, sondern auch der Gründung neuer Ortsvereine, über die erfreulicherweise recht oft berichtet wird. Bisweilen allerdings sind dabei eigenartige Schwierigkeiten zu überwinden. In Dessau a. B. war es gelungen, eine Anzahl Holzarbeiter für einen neuen Ortsverein zu gewinnen. Die Gründung kam auch zustande, dann aber konnte man die befreundete Beobachtung machen, daß diejenigen Holzarbeiter, die mangels eines besonderen Vereins schon vorher anderen Ortsvereinen beigetreten waren, dem neuen Ortsverein die allergrößten Schwierigkeiten bereiteten, anstatt nun selbst dem eigentlichen Berufsverein beizutreten. Ein solches Verhalten ist kleinlich und kann nicht zur Ausbreitung der Organisation beitragen.

Bedauerlicherweise klingen aus zahlreichen Berichten Klagen heraus über den Terrorismus, der von Verbändlern gegen Andersorganisierte und besonders gegen die Gewerkevereinskollegen geübt wird. Unglaubliche Dinge werden da berichtet, die ein schlechtes Zeugnis für die Erziehung und Toleranz der „Genossen“ abgeben. In Uedermünde sind Gewerkevereinskollegen von Verbändlern überfallen und mißhandelt worden. Die betreffenden Vorgänge sind der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. Die Missetäter wurden zum Teil bestraft; eine Klage schwebt noch. Solche Vorkommnisse sind tief bedauerlich und nur geeignet, das Ansehen der

Arbeiterbewegung in der Öffentlichkeit herabzulegen. Es ist wirklich höchste Zeit, daß die Führer der Verbände ihre Mitglieder zu einem anständigen Wettrufen erziehen, wie es sich für denkende und betraglich zielbewußte Menschen gehört. Mit Terrorismus, und Brutalität erreichen die Herren aber nicht einmal etwas. Im Gegenteil, stets und ständig wird den Klagen die Versicherung hinzugefügt, daß man mit solchen Elementen nichts gemein haben könne und nun erst recht treu zur Fahne der Gewerkschaften halten werde. Wir können an diese traurigen Mitteilungen nur die Mahnung knüpfen, den Gegnern überall mit der nötigen Entschiedenheit entgegenzutreten. Wo dies geschieht, hüten sie sich von selbst, Andersdenkende zu vergewaltigen.

Am öffentlichen Leben haben sich die Ortsverbände rege beteiligt. Wo soziale Wahlen stattfanden, sind die Gewerkschaften fast überall auf dem Plan erschienen und haben auch sehr beachtenswerte Erfolge erzielt. Das Amt eines Schöffen und Geschworenen wird von vielen Kollegen ausgeübt, und in einer ganzen Reihe von Kommunalverwaltungen sind Gewerkschaftskollegen erfolgreich tätig. Außerdem ist man mit zahlreichen Eingaben an die Behörden herantreten. Namentlich die Feuerungsverhältnisse des vorigen Jahres haben an vielen Orten Anlaß zu Eingaben an die Stadtverwaltungen wie an den Reichstag und Bundesrat gegeben. Hier und da war die Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises Inhalt einer Petition; die Einführung des Verhältniswahlrechts zu den Gewerbeämtern wurde ebenfalls oft gefordert; eine Reihe von Eingaben bezog sich auf die Heranziehung von Gewerkschaften zu Bauernrichtern. Man kann sagen, daß in dieser Beziehung von den Ortsverbänden nichts verläumt worden ist, und es bleibt nur zu wünschen, daß diese Teilnahme am öffentlichen Leben auch weiterhin in die Erscheinung tritt.

Disfunktionsflüsse werden in mehreren Berichten erwähnt. Die Schwierigkeit solcher Einrichtungen scheint doch recht groß zu sein, sonst müßten unbedingt mehr Klubs existieren; es würden auch nicht so viele vergebliche Versuche unternommen werden. Nur aus wenigen Orten wird gemeldet, daß die Beteiligung eine gute und regelmäßige ist. Trotz alledem möchten wir nicht veräumen, auch heute noch einmal auf die Wichtigkeit der Disfunktionsflüsse hinzuweisen, gerade auf Grund der guten Erfahrungen, die wir in Berlin damit gemacht haben. Auch hier ist die Zahl der Klubteilnehmer nicht groß. Darauf kommt es aber auch gar nicht an. Die Hauptsache ist, daß man eine, wenn auch nur kleine Zahl von vorwärtsstrebenden Kollegen und Kolleginnen findet, die den Wunsch haben, sich weiter zu bilden und das Gelernte im Interesse der Organisation zu verwenden. Man kann dadurch einen schlagfertigen Nachwuchs für die Gewerkschaften heranbilden, was am besten die Tatsache beweist, daß zahlreiche Kollegen, die sich jetzt in führenden Stellen befinden, einen Teil ihres Wissens im Disfunktionsklub erworben haben. Wir verhehlen uns nicht, daß an kleineren Orten die Schwierigkeiten, die namentlich hinsichtlich der Beschaffung von Lehrkräften entstehen, recht groß sind. Bei gutem Willen aber kommt man auch darüber sehr wohl hinweg. Deshalb richten wir auch heute noch einmal den Appell an die Ortsverbände, immer und immer wieder den Versuch zur Gründung eines Disfunktionsklubs zu machen. Der Segen, der unserer Organisation daraus erwächst, rechtfertigt die aufgewendete Mühe.

Zum Schluß noch einige Worte über unsere Jugendorganisation! Zum erstenmal wird darüber in den Tätigkeitsberichten etwas geschrieben, und man kann sagen, daß das Interesse für die Jugendbewegung in allen Teilen des Vaterlandes deutlich zutage tritt. Aber nicht immer entsprechen die Erfolge diesem Interesse. Wohl wird aus vielen Orten berichtet, daß eine Jugendabteilung ins Leben gerufen werden konnte. Aber vergeblich sucht man in den Berichten aus andern großen Städten nach Mitteilungen über Versuche zur Gründung einer Jugendabteilung. Das läßt darauf schließen, daß man noch nicht überall die Bedeutung der Jugendpflege und Jugendbewegung erkannt hat. Wenn aus einem großen Ortsverbande berichtet wird, daß die Bemühungen auf Gründung einer Jugendabteilung vergeblich waren, wenn ein anderer Ortsverband schreibt: „Bei uns ist kein Boden für die Jugendbewegung vorhanden“, so zeigen solche Bemerkungen nur, daß man nicht mit dem nötigen Eifer an die Sache herangegangen ist, oder daß man nach dem ersten fehlerhaften Versuche weiter keine Schritte unternommen hat. Das darf so nicht weitergehen. Der Jugendbewegung muß mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden. Es darf keinen Ortsverband geben, in dem nicht auch eine Jugendabteilung existiert. Namentlich die jüngeren Kollegen müssen

sich da in den Dienst unserer Sache stellen und ihre Pflicht besser tun. Was bei anderen Organisationsrichtungen möglich ist, das muß auch bei uns erreicht werden können. Deshalb sprechen wir die Erwartung aus, daß die nächsten Tätigkeitsberichte bessere Resultate über die Jugendbewegung aufweisen.

Die Tätigkeitsberichte schließen sämtlich mit dem Wunsche, daß im neuen Jahre unsere Bewegung ein gutes Stück vorwärts gehen möge, und mit dem Versprechen, alles daran zu setzen, daß dieses Ziel erreicht wird. Wir schließen uns dem an, sprechen aber nochmals die Überzeugung aus, daß Erfolge auf der ganzen Linie nur dann erzielt werden können, wenn jeder einzelne seine Schuldigkeit tut, wenn vor allen Dingen in den Ortsverbänden Einigkeit herrscht und Ausschluß und Mitglieder zielbewußt zusammenarbeiten. Soffentlich greift diese Erkenntnis immer mehr Platz, denn ist uns um die Entwicklung der Deutschen Gewerkschaften in diesem Jahre nicht bange.

Das Mindestlohngesetz für den englischen Kohlenbergbau.

(Schluß)

III. Abänderung von Mindestlohnsätzen und Bezirksregeln.

1. Jeder Mindestlohnsatz oder jede Bezirksregel, die gemäß diesem Gesetze festgesetzt ist, soll in Kraft bleiben, bis sie in Uebereinstimmung mit den Vorschriften dieses Gesetzes abgeändert wird.

2. Die gemeinsame Bezirksstelle eines Bezirks soll die Ermächtigung haben, jeden Mindestlohnsatz oder jede Bezirksregel, die in ihrem Bezirk in Kraft ist, abzuändern

- a) jederzeit durch Uebereinkommen zwischen den Mitgliedern der Bezirksstelle, die die Arbeiter vertreten, und den Mitgliedern, die die Arbeitgeber vertreten; und
- b) nach Ablauf eines Jahres seit der letzten Festsetzung oder Abänderung des Satzes oder der Regel auf Antrag (mit dreimonatiger Kündigungsfrist nach Ablauf des Jahres) irgendwelcher Arbeiter oder Arbeitgeber, die nach Ansicht der gemeinsamen Bezirksstelle eine ansehnliche Reinertragsgruppe unter den betreffenden Arbeitern oder Arbeitgebern vertreten,

und die Vorschriften dieses Gesetzes über die Festsetzung der Mindestlohnsätze oder Bezirksregeln sollen, soweit anwendbar, auch für die Abänderung jedes solchen Satzes oder solcher Regel gelten.

IV. Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes usw.

1. Wenn binnen zwei Wochen nach dem Zustandekommen dieses Gesetzes eine gemeinsame Bezirksstelle durch das Handelsministerium für einen Bezirk nicht anerkannt worden ist oder wenn irgendwann nach dem Zustandekommen dieses Gesetzes ein Anlaß für die Ausübung oder Erfüllung irgendeiner Befugnis oder Pflicht in einem Bezirk gemäß diesem Gesetze für die gemeinsame Bezirksstelle entfällt und es ist keine gemeinsame Bezirksstelle für den Bezirk vorhanden, so kann das Handelsministerium entweder sogleich oder nach Ablauf einer nötig oder angemessen erscheinenden Frist Personen ernennen, die es an Stelle einer gemeinsamen Bezirksstelle zu wirken für geeignet erachtet, und während der Dauer der Ernennung soll dieses Gesetz, soweit es diesen Bezirk anlangt, so gehandhabt werden, als ob die derzeit ernannte Person für die gemeinsame Bezirksstelle als Ersatz eingesetzt wäre.

Das Handelsministerium kann in solchem Falle, wo seiner Ansicht nach die Notwendigkeit für die Ausübung seiner Befugnisse gemäß dieser Vorschrift aus der Unterlassung der Arbeitgeber entspringt, Mitglieder zur Vertretung der Arbeitgeber für die Bezirksstelle zu ernennen, während die Arbeiter bereit sind, Mitglieder zur Vertretung der Arbeiter zu ernennen, oder aus der Unterlassung der Arbeiter, Mitglieder zur Vertretung der Arbeiter zu ernennen, während die Arbeitgeber bereit sind, Mitglieder zur Vertretung der Arbeitgeber zu ernennen, nach seinem Ermessen statt Ernennung einer Person, die an Stelle der gemeinsamen Bezirksstelle wirken soll, Personen ernennen, die sie zur Vertretung der Arbeitgeber oder der Arbeiter geeignet hält, wo diese, je nach Lage des Falles, die Ernennung von Mitgliedern zu ihrer Vertretung unterlassen haben; und in solchem Falle sollen die also durch das Handelsministerium ernannten Mitglieder als Mitglieder der Bezirksstelle, die die Arbeitgeber oder Arbeiter nach Maßgabe des Falles vertreten, angesehen werden.

2. Wenn die gemeinsame Bezirksstelle binnen drei Wochen nach dem Zeitpunkt ihrer Anerkennung für einen Bezirk gemäß diesem Gesetze besteht, den ersten Mindestlohnsatz oder Bezirksregeln in ihrem Bezirke festzusetzen, oder wenn die gemeinsame Bezirksstelle binnen drei Wochen nach gesetzmäßigem Ablauf der Antragsfrist für die Abänderung eines Mindestlohnsatzes oder von Bezirksregeln besteht, sich mit diesem Antrag zu befassen, so soll der Vorsitzende der gemeinsamen Bezirksstelle die Sätze oder Regeln festsetzen oder sich mit dem Antrag je nach Lage des Falles an Stelle der gemeinsamen Bezirksstelle befassen, und jeder von ihm festgesetzte Mindestlohnatz oder jede Bezirksregel soll dieselbe Wirkung im Sinne dieses Gesetzes haben, als

wenn sie durch die gemeinsame Bezirksstelle festgesetzt worden wäre.

Vorausgesetzt, daß die Mitglieder der gemeinsamen Bezirksstelle zur Vertretung der Arbeiter und der Mitglieder zur Vertretung der Arbeitgeber damit einverstanden sind oder der Vorsitzende der gemeinsamen Bezirksstelle entscheidet, daß eine bestimmte längere Frist von mehr als drei Wochen für die Zwecke dieser Gesetzesvorschrift an Stelle der drei Wochen gesetzt werden soll, so soll diese Gesetzesvorschrift die Wirkung haben, als wenn hier jene bestimmte Frist an Stelle jener drei Wochen eingesetzt worden wäre.

V. Auslegung und Anweisung bezüglich des Wortes.

1. In diesem Gesetze schließt der Ausdruck „Kohlengrube“ eine Eisenschichtsteinsgrube ein. Der Ausdruck „Arbeiter“ bedeutet jede Person, die in einer Kohlengrube unter Tage beschäftigt ist, ausgenommen a) eine Person, die nur gelegentlich oder zufällig so beschäftigt ist, oder b) eine Person, die allein zur Aufsicht oder zum Vermessen so beschäftigt ist, oder c) eine Person, die als Handwerker so beschäftigt ist, oder d) der Betriebsführer oder die Unterbetriebsführer einer Grube, oder e) ein anderer Grubenbeamter, dessen Stellung in der Grube durch die gemeinsame Bezirksstelle als eine von der Arbeiterstellung verschiedene anerkannt ist.

2. Wenn es von irgendwelchen Personen bei Bestimmung des Vorsitzenden im Sinne dieses Gesetzes oder von dem Handelsministerium bei Ernennung des Vorsitzenden für passend erachtet wird, so kann das Amt des Vorsitzenden drei Personen übertragen werden, und in solchem Falle sollen die drei Personen, die als Mehrheit handeln, als der Vorsitzende im Sinne dieses Gesetzes angesehen werden.

VI. Kurzer Name und Dauer.

1. Dieses Gesetz soll Kohlengruben. (Mindestlohn-) Gesetz 1912 genannt werden.

2. Dieses Gesetz soll für drei Jahre nach dem Zustandekommen und nicht länger in Kraft bleiben, sofern nicht das Parlament anders bestimmen wird.

Zusatzliste.

Bezirke: Northumberland, Durham, Cumberland, Lancashire und Chesire, Süd-Yorkshire, West-Yorkshire, Cleveland, Derbyshire (unter Ausschluß von Süd-Derbyshire), Süd-Derbyshire, Nottinghamshire, Leicestershire, Shropshire, Nord-Staffordshire, Süd-Staffordshire (unter Ausschluß von Cannock Chase) und Ost-Worcestershire, Cannock Chase, Warwickshire, Forest of Dean, Bristol, Somerset, Nord-Wales, Süd-Wales einschließlich Monmouth. Das Hauptgebiet von Schottland.

Wo eine Grube, obgleich in einem dieser Bezirke gelegen, aus industriellen Rücksichten gemeinschaftlich in derselben Weise wie eine Grube in einem angrenzenden Bezirke vermarktet wird, so soll solche Grube im Sinne dieses Gesetzes wie eine in dem letzteren Bezirke gelegene behandelt werden, wenn die gemeinsamen Bezirksstellen der beiden Bezirke damit einverstanden sind.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 7. Mai 1912.

Gefängnisstrafe für Steuerhinterziehung. Das Einkommen des Arbeiters wird zur Steuerveranlagung bis zum letzten Pfennig herangezogen, wozu die Pflicht der Auskunftserteilung über die Lohnhöhe, die dem Arbeitgeber in Breusen auferlegt ist, die beste Handhabe bietet. Bei Leuten, die sich selbst einschämen, ist eine absolut unerbittliche Kontrolle nicht möglich, und die Fälle sind nicht selten, daß solche Leute sich zu niedrig einschätzen und zu wenig Steuern bezahlen. Daß damit nicht zu viel behauptet wird, beweist am besten die Tatsache, daß neuerdings das preussische Abgeordnetenhaus auf Mittel und Wege geschlossen hat, diesen Betrügereien, — um solche handelt es sich schließlich — ein Ende zu bereiten. Die Steuererhebungskommission des Abgeordnetenhauses hat dann auch vergangene Woche eine Bestimmung angenommen, die für Hinterziehung direkter Steuern im Rückfalle Gefängnisstrafe festsetzt. Bisher war nur Geldstrafe vorgesehen, die, falls sie nicht gebracht werden konnte, in Haftstrafe umgewandelt wurde.

Die Festsetzung einer Gefängnisstrafe ist durchaus angebracht. Wer weniger Steuern bezahlt, als er zu zahlen verpflichtet ist, macht sich eines Betrugs schuldig, und für den Betrag ist die Regelstrafe die Gefängnisstrafe. Die zu niedrige Veranlagung bedingt die Erhebung höherer als sonst erforderlicher Steuern. Es werden durch zu geringe Steuerleistung des einen die übrigen Steuerzahler stärker herangezogen, also geschädigt. Das ist Betrug, der nicht gebilligt werden kann. Deshalb ist es durchaus richtig, wenn die Steuerhinterziehung dem gewöhnlichen Betrage gleichgestellt und mit Gefängnis bestraft wird. Man könnte vielleicht eine Inkonsequenz darin erblicken, daß die Freiheitsstrafe nur für die im Rückfalle begangene Hinterziehung verhängt werden kann. Indessen als Uebergang ist diese Einschränkung wohl zu verstehen. Später wird sich darüber reden lassen, ob

nicht gleich der erste Steuerbetrag ebenso wie jeder andere mit Gefängnisstrafe geahndet werden muß. Wir sind gewiß keine Freunde von strengen Strafbestimmungen. Aber es ist doch gut, daß man auf diese Weise endlich mit der lebhaften, die kleinen Diebe zu hängen, die großen aber laufen zu lassen.

Die feindlichen Gelehrten. Auf den offenen Brief des Professor Brentano-München antwortet jetzt Professor Bernhard-Berlin in der „Zf. Bg.“ Aus Billigkeitsgründen müssen wir daraus die wenigen Bemerkungen herausgreifen, die als sachliche Erwiderung auf die Vorwürfe Brentanos anzusehen sind. Denn der größte Teil der Antwort ist rein persönlich gehalten. Professor Bernhard will als „Entartung“ der Gewerkschaften nur den modernen „Syndikalismus“ gemeint haben, der nicht eine frühe Wurzel der Arbeiterkoalitionen, sondern eine späte Auswucherung derselben sei.

Der Syndikalismus lehrt, daß sich diejenigen Gewerkschaften, die dem englischen Ideal der Trade-Unions folgen, auf Irwegen befinden; denn die Trade-Unions, welche durch wohlgeordnete repräsentative Einrichtungen zu einer Regelung der Arbeitsbedingungen gelangen wollen, seien in ihrer Wirkung beschränkt. Sie können nicht wetteifern mit den Geldmitteln der kapitalistischen Industrien, und sie erzeugen auch unwillkürlich Spaltungen in der Arbeiterschaft, indem sie, wie zum Beispiel die Amalgamated Society of Engineers, eine Art Arbeiteraristokratie heranzüchten. Wenn hingegen, so sagt der Syndikalismus weiter, die Arbeiter Erfolge für die Massen erzielen wollen, wenn sie ihre Forderungen durchsetzen wollen selbst gegen die härtesten Organisationen der Industrie, müssen sie andere Methoden anwenden. Sie müssen das schottische Ca'ann-System, das heißt das langsame und lässige Arbeiten „ausbilden“, sie müssen den Betrieb führen, indem sie z. B. Sandbömer in das Schmieröl der Maschinen bringen, sie müssen Maschinen plötzlich stillstellen und so den Betrieb gefährden, sie müssen die Oeffentlichkeit terrorisieren, Streiken verbreiten, anarchistische Methoden anwenden, bis sie mit Hilfe der Furcht siegen. Diese Lehre hat in wenigen Jahren ihren Weg durch viele Industrieländer gemacht, sie übt eine seltsame suggestive Wirkung auf die Arbeiterschaft.

Herr Professor Bernhard wird doch etwa nicht sagen wollen, daß dieser Syndikalismus eine reinensterte Bedeutung in der modernen Arbeiterbewegung gefunden hat. Sind irgendwo Fälle von Sabotage vorgekommen, wie sie der Syndikalismus empfiehlt, so ist dies doch nur ganz vereinzelt geschehen. Wer trotzdem darin schon eine „Entartung“ der Gewerkschaften zu erblicken vermag, dem tut man nicht unrecht, wenn man ihn als weltfremd bezeichnet.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Rheinischer hat an Ausdehnung noch zugenommen, obgleich einige kleinere Betriebe die Forderungen der Streikenden bewilligt haben. Auf dem Rhein ruht die Schifffahrt fast vollständig. — Die Lohnbewegung in Hamburg ruft einen neuen Fortschritt. Zwar sind zwischen dem Hafenbetriebsverein und den Schauerleuten Vereinbarungen endgültig abgeschlossen worden. Ueber die Arbeitsverhältnisse der anderen Arbeiterkategorien aber werden die Beratungen noch fortgesetzt. — Der Kampf in der Görlicher Waggonfabrik dauert ununterbrochen fort. Nach wie vor ist die Betriebsleitung eifrig darauf bedacht, Arbeitswillige heranzuziehen, hat aber mit ihren Bemühungen wenig Erfolg. — Auch der Kampf in den Kaffeebohnenfabriken Groß-Berlins nimmt seinen Fortgang. Unabhängig davon sind auch die Wagenlackerer in eine Tarifbewegung eingetreten, die zur Arbeitsniederlegung geführt hat. — Die Schiffbauer an der mittleren Elbe befinden sich seit einiger Zeit in einer Bewegung zur Erhöhung ihrer sehr niedrigen Löhne. Einige Firmen haben die Forderungen rundweg abgelehnt, andere haben nur ganz geringe Zugeständnisse gemacht. Deshalb sind an einigen Orten die Schiffbauer in den Ausland getreten. Als Erlös werden in den Zeitungen und durch Streikbrechervermittler Schloffer, Schmiede und andere Arbeiter geübt. Selbstverständlich darf solchen Angeboten nicht Folge geleistet werden. — Der Streik auf der Hamburger Vulkanwerft geht weiter. Auch auf der Werft von Blohm u. Wöb in Hamburg ist es zur Arbeitsniederlegung gekommen, weil ein Vertrauensmann entlassen worden ist. — In der Frankfurter Metallindustrie ist es über die Frage der Arbeitsverfälschung nicht zur Einigung gekommen. Damit also wird die von dem Unternehmerverbande angebotene Ausperrung von 60 Proz. der Arbeiter perfekt. Als Antwort haben die Organisationen beschlossen, auch die übrigen 40 Proz. der Arbeiter aus den Betrieben herauszuweisen. — Der Streik der städtischen Arbeiter in Lissit nimmt seinen Fortgang. Da

die Behörden Verhandlungen mit den Ausständigen abgelehnt haben, haben sich auch aus anderen städtischen Betrieben Arbeiter den Streikenden angeschlossen. — Auf dem Meisingerwerk in Deegermühle b. Eberswalde ist der Streik beendet. Die Einführung des Affordinstems haben die Arbeiter zwar nicht verhindern können; es sind ihnen aber andere Zugeständnisse gemacht worden, so daß eine Verschlechterung der Lohnverhältnisse nicht eintritt.

Im Westend von London ist es zu einem großen Streik der Schneider gekommen, an dem etwa 15 000 Personen beteiligt sind. Einige Betriebe haben die Forderungen bewilligt, die übergroße Mehrzahl aber hat sie abgelehnt und weigert sich auch, mit den Vertretern der Ausständigen zu verhandeln. Auch die im Osten von London wohnenden Schneider haben beschlossen, mit ihren Kollegen gemeinschaftliche Sache zu machen. — In Chicago haben in den Großdruckereien die Maschinenmeister die Arbeit niedergelegt. Obgleich die Organisationsleitung sich dagegen erklärte, haben auch die Setzer die Arbeit eingestellt, so daß einige Zeitungen nicht erscheinen konnten.

Vom Unfug der Raiffeiser. Liest man die Berichte der sozialdemokratischen Presse über die Raiffeiser, so erhält man die Bestätigung, daß es damit von Jahr zu Jahr zurückgeht. Trotzdem versucht man noch hier und da dem „Weltfeiertag“ ein besonderes Relief zu geben. Zu welchen ungeheuerlichen Mitteln man dabei greift, zeigt folgende Zurechnung, die uns aus bestunterrichteter Quelle zugegangen ist:

In Berlin ist durch Tarifvertrag in der Holzindustrie ein paritätisch-obligatorischer Arbeitsnachweis errichtet. Die Arbeitsvermittler werden von den Parteien gestellt. Durch das Obligatorium ist bedingt, daß nur derjenige Arbeit erhält, der durch diesen Nachweis vermittelt wird.

Am 1. Mai hat nun der an diesem obligatorisch-paritätischen Arbeitsnachweis beteiligte sozialdemokratische Holzarbeiterverband vor diesem Nachweis Posten ausgestellt, die jeden Arbeitslosen abstellen und verhindern, in den Arbeitslostenraum zu gelangen, um dort seine Arbeitslosenkarte abstempeln zu lassen oder eventuell Arbeit vermittelt zu erhalten. Heute wird nicht vermittelt, heute werden die Arbeitslosenarten nicht abgestempelt. Mit diesen Nebenarbeiten wurden die Arbeitslosen von der Tür zurückgewiesen. Die sozialdemokratischen Arbeitsvermittler waren, da es 1. Mai war, nicht erschienen, dagegen waren die Vermittler von den nichtsozialdemokratischen Organisationen, dem Gewerksverein der Holzarbeiter, dem christlichen Holzarbeiterverband und den Arbeitgebern anwesend, welche jedoch gegen das Treiben der Genossen machtlos waren. Wo bleibt hier die „Parität“, wo bleibt der „Tarifvertrag“? Wenn je der Beweis erbracht wurde, daß die sozialdemokratische Organisation durch das Obligatorium sich ein Monopol in der Arbeitsvermittlung schaffen wollte, so durch diesen Fall. Arbeitslose, die schon wochenlang in diesem Arbeitsnachweis auf Arbeit lauern, die mit ihrer Familie ebenso lange sich die größten Entbehrungen auferlegen mußten, wurden von den Streikposten des sozialdemokratischen Verbandes abgehalten, sich Arbeit zu verschaffen! Was sich der deutsche Holzarbeiterverband hier geleistet hat, ist aber auch ein Tarifbruch erster Güte. Der Arbeitsnachweis ist ein Bestandteil des Vertrages, der durch dieses Vorgehen der Genossen gestört, außer Funktion gesetzt wurde. Diese Handlungsweise geht gegen Treu und Glauben, ja noch mehr, sie kontruiert durch das Aufstellen der Streikposten einen Streik, dem nicht nur jede innerliche Berechtigung fehlt, der im Gegenteil außerordentlich feivol genannt werden muß, und wir dürfen uns gar nicht wundern, wenn die Arbeitgeber allerorts aus diesem Fall Kapital schlagen. Durch solche unqualifizierbare Handlungsweise der Sozialdemokraten bringt man die Arbeiterbewegung immer mehr in Mißkredit. Nun werden die genialen Führer dieses Tarifbruchs erklären, sie hätten diese Aktion nicht veranlaßt; sie werden versuchen, sich als unschuldige Lämmer hinzustellen. Damit werden diese Herren allerdings wenig Gläubige finden, denn man kennt die Drahtzieher auf jener Seite genau. Und selbst, wenn dies nicht der Fall wäre, dann wären sie schon dadurch widerlegt, daß die sozialdemokratischen Arbeitsvermittler den Führer der Streikposten am 2. Mai in den Raum der Arbeitsvermittler nahmen und mit dem Abstempeln der Arbeitslosenarten beschäftigten.

Wollten wir selbst soweit gehen und die vielleicht auch als Ausrede benützte Bemerkung, der 1. Mai ist für uns ein Feiertag, an dem „Sonntagsruhe“ zu halten ist, gelten lassen, dann müßten von jedem „Genossen“ auch die Feiertage der Katholiken, die nicht gesetzlich festgelegt sind, gehalten und jegliche Arbeitsvermittlung eingestellt werden. Wir sehen den Fall, der christliche Verband würde diese Forderung in Berlin oder Hannover oder sonstwo an das Kuratorium des paritätischen Nachweises oder an den sozialdemokratischen Verband stellen, dann würde sicher

ein Hohngelächter einziehen, der Spot in der gesamten Genossenpresse über solches Verlangen würde jedenfalls keine Grenzen kennen. Man würde die Christen, oder wenn die Arbeitgeber beispielsweise an Kaisers Geburtstag ein ähnliches Verlangen stellen würden, wie das die Genossen am 1. Mai durch ihr Verhalten taten, kurzerhand für verrückt erklären.

Einen Zusatz zu diesen Ausführungen dürfen wir uns getrost erlauben. Gelpannt aber darf man sein, welche Wirkung das Vorgehen der „Genossen“ bei den Arbeitgebern auslösen wird.

Die deutsche Reichspostverwaltung als Arbeitgeber. Nach der kürzlich erschienenen „Statistik der deutschen Reichspost- und Telegraphenverwaltung“, die sich auf das Kalenderjahr 1910 bezieht, belief sich das gesamte Beamtenpersonal (ausschließlich Bayern und Württemberg, welche rund 36 500 Postbeamte beschäftigten) Ende 1910 auf 209 589 gegen 197 249 Ende 1907 und 160 333 Ende 1904. Die erste Ziffer setzt sich zusammen aus 85 533 Beamten (darunter weibliche 19 441) und 124 056 Unterbeamten. Es sind hierbei die im Nebenamt, also ausbilsweise, beschäftigten Personen nicht mitgerechnet. Das sonstige Personal (Postkassen, Posthilfsboten, Beamte und Beamtinnen im Nebenamt sowie Arbeiter usw. betrug Ende 1910: 60 690, Ende 1907: 61 033 und Ende 1904: 52 745.

Der Umfang der deutschen Reichspostverwaltung Ende 1910 ergibt sich aus folgenden Ziffern: Gesamtzahl der Postanstalten: 34 636; 27 520 amtliche Verkaufsstellen für Postwertzeichen; 667 reichseigene Postwertzeichen-Automaten; 128 472 Postbriefkästen; 3925 Dienst- und Wohngebäude; 908 Posthaltereien; 25 024 Postwagen und Postfahräder usw.

Die Gesamtzahl der durch die Post im Jahre 1910 beförderten Sendungen betrug 8 450 438 320, darunter waren 8 179 326 390 Briefe und 271 111 930 Räderei- und Wertsendungen. Der Gesamtbetrag der Wertangaben (Postanweisungen, Postaufträge, Postnachnahmen, Zahlkarten, Zahlungsanweisungen) belief sich im Jahre 1910 auf 41 964 292 700 Mk. — Personen wurden 1 037 463 durch die Post befördert.

Die Umsätze der Großverkaufsgesellschaften im Jahre 1911. Das „Internationale Genossenschaftsbulletin“ teilt jetzt die Umsätze von 17 Großverkaufsgesellschaften im verfloffenen Jahre mit. An der Spitze steht, wie üblich, die englische Großverkaufsgesellschaft, die einen Umsatz von rund 560 Mill. Mark erzielt hat. Der gesamte Umsatz der 17 Großverkaufsgesellschaften beträgt 994 Millionen Mark. Die englische Großverkaufsgesellschaft hat also einen größeren Umsatz als sämtliche andere zusammen. Auf die englische Großverkaufsgesellschaft folgt die schottische, allerdings mit ziemlich weitem Abstand. Ihr Umsatz belief sich auf 157 Millionen Mk. An dritter Stelle steht wieder die deutsche Großverkaufsgesellschaft mit einem Umsatz von rund 110 Millionen Mark. Von den anderen Großverkaufsgesellschaften seien noch die dänische mit 55 Mill. Mark genannt und die schweizerische mit 25 1/2 Mill. Die Großverkaufsgesellschaften mit den großen Umsätzen, die englische und schottische, die bereits seit vielen Jahren arbeiten, können natürlich nicht mehr mit großen relativen Zunahmen prunken, denn ihnen ist es unmöglich, noch Neuland zu erschließen. Aber auch die fünfprozentige Umsatzvermehrung der englischen Großverkaufsgesellschaft ergibt noch immer 2 1/2 Millionen Mk., das ist mehr als der Umsatz der Großverkaufsgesellschaft des Verbandes schweizerischer Konsumvereine. Recht erheblich ist die Umsatzvermehrung der deutschen Großverkaufsgesellschaft. 21 Millionen Mk. hat sie im letzten Jahre mehr umgelegt als im Vorjahre. Sie erreicht mit der absoluten Höhe ihrer Umsatzzunahme fast die englische Großverkaufsgesellschaft. Auch mit der relativen Höhe steht sie so ziemlich an der Spitze, wenn man von einigen Großverkaufsgesellschaften absieht, die noch im ersten Entwicklungsstadium sich befinden und ihre Umsätze deshalb rasch vermehren. Wenn die Entwicklung der deutschen Großverkaufsgesellschaft so weitergeht, wird sie bald an zweiter Stelle rangieren.

Die Mutterchaftsversicherung in Italien in Kraft getreten. Nach Erörterungen und Verhandlungen, die ungefähr fünf Jahre zurückliegen, ist jetzt in Italien für Arbeiterinnen, die in der Industrie tätig sind, die Mutterchaftsversicherung eingeführt worden. Diese Versicherung ist für alle industriell tätigen Arbeiterinnen im Alter von 15 bis 60 Jahren obligatorisch. Die jährlichen Beiträge zu dieser Versicherung wurden auf 1 Lire (80 Hfg.) festgelegt bei Arbeiterinnen bis zu 20 Jahren und auf 2 Lire für ältere Arbeiterinnen; die Beiträge werden zur einen Hälfte von den Arbeiterinnen, zur anderen vom Arbeitgeber getragen, der Staat leistet Zuschüsse. Entsprechend den geringen

Beiträgen sind auch die Unterstützungssätze nicht hoch. Jede versicherte Arbeiterin soll bei einer Niederkunft oder Fehlgeburt 40 Lire erhalten. Diese 32 Mark nach unserem Gelde haben in Italien aber immerhin eine höhere Kaufkraft als bei uns.

Gewerkvereins-Zeil.

Es geht. Der Ortsverband Heidemünde und Umgegend hielt am Sonntag, den 21. April, eine öffentliche Gewerkevereinsversammlung ab, in welcher der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt, über: „Weltanschauung und Arbeiterbewegung“ sprach. Der Vortragende führte aus, daß die deutsche Arbeiterbewegung in Widerspruch mit dem Sprichwort: „Einigkeit macht stark“ sich durch partei- und kirchenpolitische Momente habe zerpfüttern lassen. Der eigentliche Zweck der Arbeiterbewegung sei, möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Würde dies nur der eigentliche Zweck der verschiedenen Organisationsrichtungen sein, so gäbe es nur eine einzige Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung, und die Gründung der sozialdemokratischen sowie christlichen Gewerkschaften wäre gänzlich überflüssig gewesen. Denn jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, welcher politischen Anschauung und welchen Glaubens sie auch sein mögen, fühlt den Schmerz gleich, wenn der Lohn ungenügend ist, oder die Not der Arbeitslosigkeit drückt. Es wird daher weder die sozialdemokratische, noch die christliche Weltanschauung jemals den Boden bilden können, auf dem alle Arbeiter zu dem eigentlichen Ziel fest verbunden zusammenstehen können. Dem Drange nach innerer Befriedigung, dem auch Erfüllung gegeben muß, sind deshalb keine Schranken aufzulegen, denn der Arbeiter ist außerhalb seiner wirtschaftlichen Organisation in der Lage, sich religiös zu erbauen und politisch zu betätigen. Es sollte deshalb jedem denkenden Arbeiter klar sein, daß er sich nur in den Deutschen Gewerkevereinen organisieren kann, weil es in dem Programm derselben heißt, daß sie alle Arbeiter ohne Unterschied des parteipolitischen und religiösen Bekenntnisses umfassen, um so die eigentlichen Aufgaben wirksam fördern zu können. Daß diese Form der Organisation die richtige ist, beweist England. Durch Zusammenfluß in machtvollen Gewerkevereinen hat die englische Arbeiterschaft sich bedeutend mehr Achtung und Anerkennung verschaffen können als die Arbeiter jener Länder, in welchen die Arbeiterbewegung zerpfüttert ist. Aber auch für Deutschland wird die Zeit kommen, wo die noch fernstehenden und auf falschem Wege befindlichen Arbeiter, gezwungen durch die Verhältnisse, den rechten Weg finden werden. Die Organisation der Deutschen Gewerkevereine wird den Boden bilden, auf dem alle Arbeiter sich zusammenfinden, denen es ernst ist um die Erlangung der bürgerlichen Gleichberechtigung und einer auskömmlichen und gesicherten Lebensführung. Nehner beleuchtete sodann die Organisation der Arbeitgeber. Diese hätten sich unter Umständen aller religiösen und politischen Momente zusammenschließen nur zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Wenn die Arbeiter nach diesem Grundsatze handeln würden, so wären die Verhältnisse viel besser und viele wirtschaftliche Kämpfe könnten vermieden werden; denn die Arbeitgeber-Verbände würden dann viel eher mit der Arbeiterorganisation verhandeln und dieselbe als einen gleichberechtigten Faktor anerkennen. Zum Schluß ermahnte der Redner die Anwesenden, tüchtig

für die gute Sache zu werben und getroßt in die Zukunft zu schauen. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen interessanten und lehrreichen Vortrag. Demselben folgte eine kurze Diskussion, in der sich sämtliche Redner in zustimmendem Sinne äußerten. Mit einem begeistert aufgenommenen Beschluß auf die Deutschen Gewerkevereine wurde die Versammlung geschlossen.

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine (G. u. V.). Verbandsklub der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221-23. Am 8. Mai, abends 8½ Uhr Vortrag des Kollegen Lewin: „Geschichtliche Streifzüge“ (Schluß). Gäste herzlich willkommen. — **Gewerkevereins-Vereinsrat (G. u. V.).** Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr Lesungsstunde im Verbandsklub der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. — **Sonntag, 11. Mai.** Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Abends 8½ Uhr Vorstandssitzung bei Kunze, Triftstr. 68. Unterrichtsgegenstände u. a. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII.** Abends 8½ Uhr Versammlung mit Damen im Verbandsklub, Greifswalderstr. 221-228. Vortrag v. Fr. Westkamp: „Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe“. Besprechung der Herrenpartei. Abrechnung der Maschinenbau- u. Metallarbeiter IX. Abends 8½ Uhr Sitzungstr. 50. Monatsb. Bepr. einer Herrenpartei. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8½ Uhr Schönhauser Allee 65. L. O.: „Geschichtliche“. Monatsbericht. Werkstattangelegenheiten. Am Himmelfahrtstage Herrenpartei nach Erkner, Grünheide, an der Södnig. Abfahrt Alexanderplatz 7½ Uhr früh. Treffpunkt 7 Uhr Hauptportal Alex. Nachzügler bis 9 Uhr Bahnhof-Restaurant Erkner. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8½ Uhr im Nordwest-Kaffee, Alt-Moabit 55—56. Vortrag des Ing. Schweizer über: „Die drei Richtungen der sozialen Bewegung“. Donnerstag, 16. Mai, Herrenpartei nach Birkenwerder, Södnigsee, Oranienburg. **Reinhold I.** (Maschinenbau- und Metallarbeiter). Sonntag, den 11. Mai, abends 9 Uhr bei Kamm, Jägerstr. 77. „Geschichtliche“. Vortrag des Kollegen Schuhmacher über die letzten Streiks. Bericht. Herrenpartei.

Orts- und Bezirksverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr Vertreterversammlung im Burghörsch Gesellschaftshaus, Reffenstr.; jeden 1. und 8. Donnerstag im Monat Diskussionsklub ebenso, pünktlich 8½ Uhr abends. — **Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Danneberg, Sandowstr. 42. — **Crefeld und Umg. (Ortsverband).** Sonntag, 5. Mai, nachm. 5 Uhr Ortsverbandssitzung. Hof-Kühler, Westwall 100. — **Dessau.** Gewerkevereins-Vereinsrat jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr Lesungsst. I. Vereinst. „Japan“, Marktstr. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abends 9—11 Uhr i. Verbandsklub, Kurfürstent. 29. Sitzung. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämper, Eberfeld, Bismarckstr. u. Erlöngstr. 40. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband - Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verbandsklub C. Simon, Alter Markt. — **Goslar u. Münden.** Jeden 3. Sonntag im Monat abends 8½ Uhr, Diskussionsklub bei Lubewitz. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Diskussionsklub findet jeden Sonntag abends 1. Monat i. Passage-Rest., Gr. Brauhausstr., statt.

Hamburg (Ortsverb.). Jeden Dienstag, abends 8½ Uhr im Restaurant „Bischhof“, Lagerstraße 2. Diskussionsabend. — **Hamburg (Gewerkevereins-Vereinsrat).** Jeden Donnerstag Lesungsst. b. Lybner in Altona, Einheitsstr. 48-50. — **Hannover-Kinder und Umgend (Ortsverband).** Monatsversammlung am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morgens 10 Uhr in Linden bei Herrn Steinmeier. — **Herne in Westf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverband - Vertreterversammlung bei Witte Ruhe, Herne 1, gegenüber der evang. Kirche. — **Hierlohn Diskussionsabend** jeden 2. Mittwoch bei Hüple. — **Leipzig (Gewerkevereins - Vereinstafel).** Die Lesungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinstafel „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mühlheim - Ruhr.** Jeden 2. Sonntag im Monat, vormittags 10½ Uhr Vertreterversammlung im Verbandsklub bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. — **M. u. Gladbach - Rheyn (Ortsverband).** Sonntag, 12. Mai, nachm. 5½ Uhr, Versammlung in Gremersloh, Rest. „Halbrot“, Kölnstr. Vortrag des Kollegen Haase über die Unfallversicherung u. d. Reichsversicherungsordnung. — **Stettin (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Lesungsstunden finden jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Lokal Nebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Legel (Diskussionsklub für Legel, Borghauhe und Reindorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr b. Römer, Schleierstr. 28, Ecke Södnigbergstr. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Ricold, Rauerstr. 62. — **Weisenfels a. S. (Sängerabteilung der Gewerkevereine).** Lesungsstunden jeden Dienstag, abends 8½ bis 11 Uhr im Vereinstafel „Schweizerhaus“, Schlegelstraße. Je nach dem Ortsvereinsrat sind willkommen. — **Weisenfels (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Diskussionsabend in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 Uhr, Sitzung im Verbandsklub Rheinal.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Abrechnungsbericht.

Jena (Ortsverb.). Hermann Müller, Vorsitzender, Steinweg 20. **Waldenburg-Altwasser (Ortsverb.).** Paul Feig, Schriftführer, Oesenaustr. 2 I. **Witten (Ortsverb.).** S. Freitag, Vorsitzender, Schlaghoffstr. 7. G. Loge, Schriftführer, Auguststr. 48. C. Große-Benne, Kassierer, Herbedstr. 52.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht. Das preussische Einkommensteuer-Gesetz vom 24. Juni 1891, seine wichtigsten Bestimmungen für Arbeiter, Angestellte und Hauseigentümer unter Berücksichtigung der Novellen vom 19. Juni 1908 und 26. Mai 1909. Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung, G. m. b. H., M. Gladbach 1911. Jahrbuch der Angestelltenbewegung, 6. Jahrgang, 1. Heft. Industrie-Verlag, G. m. b. H., Berlin N.W. 52. Das Jahrbuch erscheint in vier Heften. Bezugspreis 6 Mk. Einzelne Hefte 1,50 Mk. Wie mache ich mein Testament ohne Rechtsanwalt und ohne Notar? Das Erbrecht. Gemeinverständliche Darstellung des Gesetzes nebst zahlreichen Testamentsentwürfen und -Beispielen von Prof. Dr. Kaufmann, Sachverständiger, Mainz. Selbstverlag. Druck von G. Herzog, Mainz. Preis 1,10 Mk.

Anzeigen-Zeil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkeverein
Jahrgang 1911
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
NB. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Gebrüder Macholder
10 Pfund-Blechkanne 4,50 Mk.
Laboratorium P. Gebrüder, Mühlendamm 16
bei Waldenburg (Schlesien, Gebirgs)

Probleme der Arbeiterpsychologie
unter besonderer Rücksichtnahme auf Methode und Ergebnisse der Vereinshebungen.
Vortrag des Prof. Dr. Hertner auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Nürnberg.
Zu beziehen vom Verbandsbureau zum Preise von 80 Pfg., 10 Exemplare 2,50 Mk.

Preusslan (Ortsverb.). Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei Witt, Marktstr. 642.

Wafswall. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Unterstützung beim Verbandskassierer 3er b. d. f., Marktstr. 60.

Eberfeld-Barmen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen finden nachfolgend im Verbandsklub bei Roggenkämper, Eberfeld, Erlöngstr. 40, Dasselbst befindet sich auch die Rechtsanwaltskanzlei.

Hamburg-Altona. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten für 2 Tage Unterstützung. Karten sind bei dem Ortsvereinskassierer oder bei dem Ortsverbandskassierer 8. Schulz, Hamburg, Königsstr. 36 III erhältlich.

Königsberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Ortsbeitrag von 1 Mk. beim Ortsverbandsvorsitzenden Fr. Bentzen, Barbere Vorstadt 68.

Ortsverband, Müritzk. (Ortsverband). Als Ortsverbandsgesell erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 50 Pfg. bei G. Sapper, Büstenmacher, Hauptstr. 48.

Weisenfels a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungskarten auf dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Leipzigstr. 26.

Wlogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kassierer P. Schumann, Wöhrerstraße 7.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsheftchen befinden sich Elisabethstr. 49 (Jäger Wirtschaft).

Hohenmölsen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Besuche erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen K. H. Köhler, 10.

Wpolda (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsbeitrag beim Kassierer Karl Stein, Jägerlingstraße 4.

Gelsenkirchen (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsbeitrag von 75 Pfg. beim Kass. Wilhelm Mayer, Bergmannstr. 19.

Wachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Wachen, Adalbertsteinweg 71.

Der Zentral-Arbeitsnachweis
der Berliner Gewerkevereine (Hilfs-Instanz)
NO. 55, Greifswalderstraße 221—23
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.
Berichtsprüfer: Amt VII, Nr. 4790.
Beamtenthätiger Redakteur Leonor Lewin, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: Goebcke u. Gallinet, Berlin W., Potsdamerstr. 114.